

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Verleger: Kurt Roden 1895 und 1906.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Fernsprecher: Amt Roden 11007 und 11008.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 3 M., bei Zustellung unter Straßband 4 M. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einweisung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1918 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 3 M.

Berliner Organ

Inserate kosten die Rubenspalten Millimeterzelle oder deren Raum 30 Pf. „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wortes 30 Pf. Jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 30 Prozent. Bei Familienanzeigen und Versammlungsankündigungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inzerate für die Morgenausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inzerate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Montag, den 9. Dezember 1918

Nummer 44

Neue Bedrohung der Revolution.

Gegenrevolutionäre Umtriebe in Berlin.

In der heutigen Volksversammlung des Groß-Berliner Soldatenrats im Reichstage machte Leutnant Seine-Boisdam folgende Mitteilung:

Gestern teilte mir in Potsdam ein Hauptmann von Reitz mit, daß die Oberste Heeresleitung in Berlin außerhalb des Rahmens des bestehenden Generalkommandos ein neues Generalkommando Lequis errichtet habe. Dieses Generalkommando besteht aus zwei Bataillonen nicht an. (Hört, hört, lebhaftes Bewegen.) Dem Vorgesetzten sind diese Vorgänge noch nicht bekannt. Das Generalkommando Lequis hat die Gardebataillone, die Gardebataillone und die 1. Gardebataillone herangezogen und bereits zu zwei Drittel ihrer Stärke in den Orten Potsdam und Nikolassee untergebracht. (Hört, hört!) Das Generalkommando Lequis hat den Bahnhöfen Potsdam und Nikolassee Besatzung gegeben, seine Aufstellung über die Truppen, die in Potsdam in der Nacht angekommen sind, zu erteilen. Es sind schon verschiedene Truppenmassen angekommen, die keine Soldatenräte gewählt haben. (Hört, hört!) und die fest in der Hand ihrer Führer stehen. Ich persönlich habe schon mit dem Divisionsstab der Gardebataillone in Nikolassee telefonisch verhandelt; die Division hat sich geweigert, das Oberkommando rötlich zu werden, mit den Soldatenräten zu verhandeln.

Rechtlich haben sich die Kommandeure verschiedener Regimenter verhalten, die in Potsdam einquartiert sind, und nicht zu den drei genannten Divisionen gehören, darunter das 8. Dragonerregiment, das auch fest in der Hand seines Kommandeurs ist und dessen Mannschaften nichts von Soldatenräten wissen wollen. Ich habe in der Nacht verschiedenes Transporte, darunter das 2. Garde-Feld-Artillerieregiment abgeholt und mit den Mannschaften gesprochen. Die Leute sagen: Soldatenräte — Unkraut! Wir werden die Berliner schon auf die Schenke schicken! (Hört, hört!) Die Leute werden abgeholt durch ihre reaktionären Führer im unklaren Glauben, wir haben die Auffklärung der Leute schon begonnen, namentlich bei der Gardebataillone, die im Grunewald einquartiert ist. (Ruf: Die Gardebataillone sind schon aufgeföhrt!) Es hat sich aber nicht zum Ziele geführt. Es sind aber heute von neuem durch besondere Kommandos Auffklärungen eingeleitet. Mit welchem Erfolge, läßt sich noch nicht übersehen.

Wir werden von Potsdam telefonisch mitgeteilt, daß das Offizierskorps geflohen und konsequent auf dem Standpunkt steht, nichts mit den Soldatenräten zu tun haben zu wollen. Ob es uns gelingt, die Mannschaften auf den politischen Standpunkt der Unterstützung der Regierung Oberkommando Lequis zu bringen, läßt sich noch nicht übersehen. Es ist dringend erforderlich, daß die Reichsregierung mit dem Vorgesetzten des Generalkommandos Lequis überhand. (Lebhafter Ruf: Aufheben! Aufheben!) An die Wand stellen! Volkverräter!) Ich habe im Reichstagspalais Ober heute nicht brechen können, ihm aber Mitteilung durch seine Sekretäre gemacht und ihn gebeten, den Vorgesetzten zu weiteren Schritten zu ermächtigen. Wir stehen in Potsdam auf dem Standpunkt, daß das Generalkommando Lequis aufzuheben ist. (Lebhafter Beifall.)

Im weiteren Verlauf der Sitzung teilte Cohen-Reich mit: Ober, der eine Verkommung abhält, die er nicht abhalten konnte, wird sofort nach Schluß derselben mit dem Kriegsministerium in Verbindung treten, die Angaben seines unternehmen lassen und, wenn Gefahr droht, die nötigen Maßnahmen treffen. Auch dem Kommandanten Weis ist Mitteilung gemacht. Die Mitglieder der Soldatenräte sollen in ihren Kasernen läßt und mit Ueberlegung, aber auch entschlossen handeln, namentlich die neueingezogenen Regimenter aufklären, wie es von Potsdam und Berlin durch Kameraden bei den draußen liegenden Mannschaften geschieht.

übergestellt werden. Wenn das Parlament nicht seine Rolle, die ihm nach der Verfassung zukommt, zu spielen beabsichtigt, so müsse es eben abdanken. Die sozialistische Kammergruppe werde sich nicht länger bereit finden, eine derartige nicht-sagende Rolle zu spielen.

Balfour über den Völkerbund.

London, 7. Dezember. (Reuters.) In einem Gespräch mit einem Vertreter der „Associated Press“ sagte Balfour, er glaube, daß die Zusammenkunft in Paris in diesem Monat nur ein informeller Vorläufer der Konferenz der Assoziierten sein werde, die zu Beginn des nächsten Jahres stattfinden werde. Die zweite Konferenz werde alle wichtigen Bedingungen des Abkommens formulieren und die wichtigsten und längsten sein. Nach ihrer Beendigung würden die feindlichen Vertreter zugezogen und die Abkommen ratifiziert werden. Nach der Ansicht Balfours ist die wichtigste Frage, mit der die Friedenskonferenz sich zu befassen haben wird, die des Völkerbundes. Er (Balfour) glaube, daß der Völkerbund eine absolute Notwendigkeit sei, wenn der Krieg alle die guten Folgen haben solle, die man von ihm erwarte. Er müsse etwas mehr sein als ein Mittel, um Kriege zu verhindern. Es wäre richtig, sich vorzustellen, daß es möglich sei, eine Welt mit Staaten einzurichten, die gleiche Macht und gleiche Rechte besäßen. Zu Wilsons Ausspruch, daß die Welt für die Demokratie sicher gemacht werden müsse, bemerkte Balfour, er glaube nicht, daß die Welt für die Demokratie dadurch sicher gemacht werde, daß man die Zahl der demokratischen Staaten vermehre. Er denke dabei nicht speziell an Deutschland, sondern an die neuen Staaten, die in Ost-europa im Entstehen begriffen wären. Man dürfe nicht glauben, daß jedes Unrecht unmöglich gemacht werde, wenn derartige Zustände in Ost-europas unmöglich gemacht würden. Die Rivalitäten, die zwischen benachbarten Demokratien entstehen, könnten ebenso zu Kriegen führen, wie wenn die Regierungsformen andere wären. Einige Kritiker sagten, die Veränderung in Europa würde Europa balkanisieren. Er erwarte aber etwas anderes. Es wäre unübersehbar, wenn Europa in einen Schauplatz für zukünftige Kriege verwanbelt würde. Der Völkerbund würde dazu notwendig sein, um nicht nur den verbrecherischen Ehrgeiz großer Nationen zu beaufsichtigen, sondern auch dazu, leichtsinnige Vänder von überreifen Kriegen abzuhalten. Von Wanne unmöglich von Demokratien sprechen außer der Vänder, die eine relative vorge-schrittene Stufe von Zivilisation erreicht haben. Der Völkerbund werde der Kurator der weniger entwickelten Vänder sein.

Als Balfour gefragt wurde, ob Rußland auf der Konferenz vertreten sein werde, sagte er: Es ist schwer zu definieren, was Rußland ist. Wir haben keine Beziehungen zur Bolschewiki-Regierung, die die hauptsächlichste de facto-Regierung im mittleren europäischen Rußland ist. Es gibt aber daneben viele andere de facto-Regierungen. Ich glaube, daß der Status Rußlands auf der Konferenz geordnet werden wird. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Konferenz irgendeine russische Regierung in ihrer jetzigen Form für berechtigt halten wird, Delegierte zu entsenden.

Protest gegen Verschärfung der Blockade.

Berlin, 8. Dezember. Marshall Foch hat gestern der Deutschen Waffenstillstandskommission folgende Entscheidung übergeben:

„Der Lebensmittelverkehr von der von den alliierten Armeen besetzten Zone nach der neutralen Zone, ferner die Eisenbahn- und Straßenbahnverbindungen zwischen diesen Zonen sind nicht zulässig in Anbetracht der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Blockade Deutschlands, die in dem Waffenstillstandsabkommen vorgehrieben ist.“

Den Armeen sind Instruktionen gegeben worden bezüglich der über die Post, Telegraph- und Telefonverbindungen im Rheinland auszuübenden Kontrolle.“

Diese Entscheidung steht mit dem Wortlaut des Waffenstillstandsabkommens (Artikel VI und Artikel XXVI) in Widerspruch. Die deutsche Regierung wird auf diplomatischem Wege und durch die Waffenstillstandskommission Protest übergeben einlegen.

Die deutsche Einheit.

Mülheim (Ruhr), 8. Dezember. Wegen Vandalenverrat, begangen durch den Versuch, die Entente zu einer Besetzung des Industriegebietes zu bestimmen, wurden in der vergangenen Nacht nach stundenlangem Verhör vom Arbeiter- und Soldatenrat Mülheim die Großindustriellen August Thyssen, Fritz Thyssen jun. und Edmund Stinnes, sowie die Direktoren Herse, Becker, Birch, Kommerzienrat Köchen und Bergasseffor Sieng verhaftet. Die Festgenommenen wurden nach Münster gebracht und werden von dort wahrscheinlich nach Berlin geschafft, wo sie sich verantworten sollen.

Wir haben schon gestern auf die dunklen Pläne hingewiesen, die bei der Zusammenkunft der rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen geschmiedet wurden. Aber die Arbeiter- und Soldatenräte waren auf der Wacht und haben energisch und schnell zugegriffen.

Das Verhalten der deutschen Bourgeoisie nach der Niederlage und der Revolution wird stets eines der schmachlichsten Kapitel in der Geschichte bilden. Wie würdevoll behält sich von diesem dunklen Hintergrund etwa die Haltung der Franzosen 1871 ab. Auch sie erhielten eine militärische Katastrophe, sie hatten die Revolution und den Feind zu Herren des Landes. Aber keiner Schicht fiel es ein, mit dem Feind zu konspirieren, zur Rettung käuflicher materielle Interessen die eigene Nation zu verraten!

Das bringen nur deutsche Bourgeois fertig.

Die deutsche politische Geschichte hat wenig Ruhmesblätter aufzuweisen. Zuerst die entsetzliche Kleinstaaterei mit ihren gräßlichen Despoten, die, um Geld für ihre Maitressen zu gewinnen, ihre „Untertanen“ an fremde Mächte verschickerten. Ein politisches Feind ohne Gleichen, in dem jedes Leben aufhörte, jede Betätigung unmöglich war, das einen Anechtsinn und einen Kostengeist züchtete, der jede freie Regung niederhält. Nur Deutsche konnten geduldig, gehorsam, ehrlich und treu solange solche Zustände erdulden.

Dann der zu kurz geratene Anlauf von 1848, der so rasch im Sande endete. Und dann wieder jahrelange Reaktion und politische Dumpfheit.

Bis schließlich dem erstarkenden Kapitalismus die Verhältnisse zu eng wurden und die wirtschaftliche Einheit zur ökonomischen Notwendigkeit geworden war. Zu feig, zu kleinlich, zu sehr von der Angst vor der eigenen Korruge erfüllt, die alle politischen Bewegungen Deutschlands kennzeichnet, um die nationale Einheit demokratisch zu verwirklichen, verband sich die deutsche Bourgeoisie mit dem preussischen Junkertum und dem preussischen Militarismus und dankte ab vor Bismarcks Blut- und Eisenpolitik, verriet die Deutschen Oesterreich und richtete sich in dem neuen Großpreußen behaglich ein. Sie verzichtete auf Politik, ließ das Parlament zur bedeutungslosen Redeanstalt erniedrigen und überließ die Politik der von dem Junkertum beherrschten Bureaucratie und Generalität.

Sie mochten Geschäfte, gute, ertragreiche Geschäfte. Und sie waren ganz zufrieden und waren patriotisch und national bis in die Knochen. „1870 und drei Reich der Reichen, da steht du, Jude“, spottete Hertweg, sie aber waren, wenn nicht gerade slauer Geschäftsgang war, dauernd in Surra-stimmung und brüllten jeden als Vaterlandsfeind und Nationenverräter nieder, der nicht ihrer Meinung war.

Und nur eines wurmte sie, daß sie nicht das Monopol auf alle guten Geschäfte hatten, daß es noch andere Nationen gab, die schöne Eisenlager hatten wie die Franzosen oder so schöne Kolonien wie die Engländer.

Da wurden sie international und alldeutsch und konnten nie genug kriegen an Rüstungsaufträgen und Flottenbestellungen. Und als sie genug stark zu sein glaubten, da gerieten sie in nationale Hochstimmung und wurden kriegsbegeistert.

Wir wußten, was sie meinten, wenn sie national sagten. National, das war die Andeutung...

Die sozialistische Opposition in Frankreich.

Paris, 7. Dezember. Cachin schreibt in der „Humanité“, daß Frankreich in völliger Unkenntnis über die französische Politik gehalten werde. Heute werde der Friede außerhalb des Landes vorbereitet. Für eine Republik sei ein solches Regime nicht normal. Frankreich wolle nicht in ein solches Regime hineingezogen werden. Gegen-

ne ungestörte Ausbeutung im Innern; national, das war die Eroberung fremder Absatzmärkte und Ausbeutungsbahnen für ihr Kapital, war gewaltsame Monopolisierung des Weltmarkts, war Deutogier und Blünderungslust!

Und jetzt liefern sie die Beweise.
Angst löst sie vor der Herrschaft der Arbeiter, die sie, die hochmütigen Scharfmacher, so verachtet hatten. Der Besitz, der Profit ist in Gefahr! Und da kommt der „Feind“ gerade recht, nein, nicht schnell genug. Sie wollen los von Berlin, los von Deutschland, sie wollen dorthin, wo die höhere Profitrate wirkt! Deutsche Patrioten gestern, französische Patrioten heute — es ist nur eine Geldfrage. Geld ist alles und sie verkaufen das Vaterland, da es gerade zu verkaufen ist!

Sie finden Hilfe! Mit ihren Profitinteressen verbinden sich die merkantilen Herrschaftsinteressen. Herr Thyssen, der alte Geldgeber des Zentrums, der frühere Schützer und Förderer Erzbergers, ist der geeignete Mittler. Das Zentrum will die katholischen Landesstellen von Deutschland loslösen, den protestantischen Rest isolieren und machtlos machen. Im Rheinland hofft es auf die Hilfe des „gottlosen“ Frankreichs, in Bayern betreibt es mit den Habsburgern zusammen die Gründung eines katholischen Südstaates.

Und die bürgerliche Presse wird sich morgen, wie heute entrüsten über die bösen Sozialisten, die das alles auf dem Gewissen haben, die keinen Funken Vaterlandsliebe besitzen. Ein großer Sturm wird sich erheben, daß man es wage, die Hand zu legen an die bewährten Kapitäne der Industrie und damit die Produktion ruiniere!

Erdärmlich und schamlich ist dieser Verrat an der deutschen Nation in der Stunde der höchsten Gefahr. Aber wir hoffen, daß er den verdienten Lohn erntet. Die deutschen Arbeiter sind es heute, in deren Hand das Schicksal der Nation gelegt wird und sie werden sie gegen die tödlichen Anschläge der Patrioten von gestern zu schützen wissen.

Wir haben es immer gesagt, daß der Sozialismus und der Sozialismus allein die wahre Interessen der großen Volksmassen und damit der Nation vertrete. Heute wird offenbar, daß in Deutschland allein die Arbeiterklasse die Wahrerin der deutschen Einheit ist. Die großen Industriellen verschandern die Nation, fanatisierte Bauern dienen ihnen und dem Herrschaftsbestreben des Zentrums als Werkzeug. Wir aber verteidigen die Unerblichkeit und die Selbstbestimmung unseres Volkes mit nicht geringerer Kraft und mit nicht weniger Liebe als unsere sozialistische Revolution und zugleich mit ihr!

Ein Protest der Firma Thyssen.

Mülheim-Ruhr, 8. Dezember 1918. Die Firma Thyssen u. Co. A.-G., hat an den Rat der Volksbeauftragten zu Händen des Reichslanzlers Ebert, folgendes Telegramm gerichtet:

Western abend sind die Herren August Thyssen und Fritz Thyssen, sowie die Direktoren unserer Firma, Dr. Koser, Dr. Herle und Weder, verhaftet und nach Berlin transportiert worden, angeblich unter der Beschuldigung, einer am Donnerstag, den 5. Dezember in Dortmund stattgefundenen Versammlung beigewohnt zu haben, worin darüber beraten worden sein soll, die Entente zur Befreiung des Industriegebiets herbeizurufen. Demgegenüber stellen wir fest, daß keiner der Genannten der angebl. Dortmund-Sitzung beigewohnt hat. Sie haben sich vielmehr, wie jederzeit nachgewiesen ist, am Donnerstag an verschiedenen anderen Orten aufgehalten. Wir müssen deshalb gegen die widerrechtliche Freiheitsberaubung der genannten Herren entschiedenen Einspruch erheben und bitten dringend, deren unzulässige Freilassung zu veranlassen, da durch ihre Abwesenheit, zumal in den heutzutage schwierigen Zeiten, eine schwere Schädigung unserer Werke und ihrer Arbeiterkraft unausbleiblich ist.

Wie die Firma Thyssen hierzu weiter erklärt, waren am vergangenen Donnerstag, an welchem Tage die eben erwähnte Versammlung in Dortmund stattgefunden haben soll, Herr August Thyssen in Osnabrück in der Georg-Marien-Hilfs-Generalkonferenz, wie auch in allen größeren Zeitungen gelanden hat. Herr Fritz Thyssen den ganzen Tag in Hamborn-Druckhau bei der Gewerkschaft Deutscher Kasser, der Direktor Dr. Koser und Herr Dr. Herle bei ihrer gewohnten Tätigkeit auf den Werken in Mülheim (Ruhr), Herr Direktor Weder zu einer Verurteilung in Duisburg und im übrigen in Mülheim (Ruhr). Es kann selbstverständlich zu jeder Stunde durch einwandfreie Zeugen bewiesen werden.

Soweit die Firma. Ob die genannten Herren an der Dortmund-Zusammenkunft teilgenommen haben oder nicht, ist nicht entscheidend. Tatsache ist, daß im Rheinland verräterische Bestrebungen bestehen, die von den Schwerindustrieellen und dem Zentrum gefördert werden. Da die Herren Thyssen und Stinnes sich bereits in Berlin befinden und die Untersuchung im Gange ist, wird ja bald die nötige Klarstellung erfolgen.

Nach dem Freitagssputich.

Der gestrige Sonntag hat die Spannung zur Entladung gebracht, die über Berlin lagerte. Hunderttausende von Proletariern waren hinausgegangen, um ihrer Empörung über das verbrecherische Treiben der Gegenrevolutionäre Ausdruck zu verleihen und sich wieder zusammenzufinden als die treibende Kraft der Revolution.

Dieses Aufgebot der Massen war notwendig. Zu früh hatte die Gegenrevolution das Haupt erhoben. Zu früh hatte sie schamlos Unfrieden und Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiter und Soldaten hineingetragen. Zu voreilig hatte sie ihre Karten aufgedeckt und auf den Erfolg einiger obentruerischer Verschwörer, auf die Schwäche und Halbheit der Mehrheitssozialisten spekuliert. Das konterrevolutionäre Gesindel sollte sich hüten! Das arbeitende Volk Berlins hat gezeigt, daß es auf der Wacht der Revolution steht, und daß es nicht gewillt ist, sich die Früchte seines Sieges entreißen zu lassen.

Die bürgerliche Presse hatte unter anderem auch auf einen Konflikt zwischen dem Komitee und dem Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte spekuliert. Auch diese Hoffnung hat sich als vergeblich erwiesen. In der am Sonnabend abend stattgefundenen Kundgebung sind alle schwebenden Fragen geklärt worden. Insbesondere ist festgestellt worden, daß Ebert und Scheidemann von dem Völkerverbund nichts wußten und durch ihn überführt worden sind. Man darf erwarten, daß durch diese Kundgebung eine gemeinsame Basis gefunden worden ist, auf der ein ersprießliches Zusammenarbeiten der revolutionären Behörden, der Regierung und des Vollzugsrates, erfolgen wird. Es wird nötig sein, daß sich diese Arbeit bald in Taten umsetzt. Diese Tatkraft muß vor allem bekundet werden bei der Aufklärung und Erledigung des gegenrevolutionären Völkerverbundes und seiner traurigen Begleiterscheinungen. Fest und unbarmherzig muß ein-

wirken werden gegen die Völkerverbände, die den Vollzugsrat stützen, das Land neuen Wirren ausliefern wollten. Die Taten dieser Verschwörung laufen ins Auswärtige Amt. Hier muß zugegriffen werden. Wer, wie die Mehrheitssozialisten, jetzt die Dinge so darstellen will, als habe es sich um einen Dummeneinigungsstreich einiger unreifer Burtschen gehandelt, der ist sich der schweren Verantwortung für die Sicherung der Revolution nicht bewußt. Denn die Dinge reden schon jetzt eine so ernste Sprache, daß niemand dazu beitragen sollte, in einem Augenblick der Gefahr für die Revolution die Wackelpfeiler der Massen einzuschleudern zu wollen.

Tatkräftiges Eingreifen ist ferner nötig bei der Aufklärung des Völkerverbundes in der Chausseestraße. Der Stadtkommandant Weis veröffentlicht folgende Erklärung in der Sonntagnummer des „Vorwärts“:

Am Freitag, den 6. d. M., gegen 14 Uhr nachmittags, wurde Kamerad Krebs, Mitglied des Soldatenrates des Generalkommandos, vom Kameraden Kretschmann (?), 2. Vorsitzender des Soldatenrates Berlin, angetroffen. Kretschmann teilte mit: um 4 Uhr fanden drei Deserteur-Versammlungen statt; die Teilnehmer beschäftigten sich mit den Versammlungen Demonstrationen zu veranstalten, um ihre Forderungen mit Waffengewalt durchzusetzen. Krebs ging zur Kommandantur. Dort wurde die Truppenstärke und die Absperrungsmöglichkeiten besprochen.

Während dieser Verhandlungen besah der Kommandantur zu gleicher Zeit die Meldungen darüber ein, daß im abgeordnetenhaus der Vollzugsrat verhaftet sei und daß die Jäger der Deserteure im Norden der Stadt sich bereits in Bewegung setzten. So mußte der Eindrud entstehen, daß im Abgeordnetenhaus die Reaktion vor sich am Sturz der Regierung arbeite, während auf den Straßen die Deserteure von links gegen die Regierung anstürmten. Unter diesem Eindrud erging der Befehl zur Abriegelung der Chausseestraße von der Invalidenstrasse an, das heißt: dicht vor der Hülfilerkaserne.

Hierbei ist noch folgendes zu bemerken: Der Polizeipräsident hatte den Deserteuren zugesagt, daß sie nach den drei Versammlungen ungehindert umziehen könnten, wenn die Teilnehmer unbewaffnet wären. Diese Vereinbarung wurde von den Deserteuren nicht eingehalten. Die Soldaten erklärten bestimmt, daß am Freitag die ersten Schüsse aus den Reihen der Demonstranten gefallen sind. Der Kommandantur war von der Vereinbarung mit den Deserteuren keine Nachricht gegeben, sonst wäre die Abriegelung der Straße bestimmt unterblieben.

Vor dieser Abriegelung wurde der Führer der Gardebatterie ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nur in höchster Not und in Notwehr geschossen werden dürfe. Es sind Absperrungssoldaten verwundet worden. Außerdem ist ein von den Demonstranten verlorener Revolver gefunden worden.

Diese Erklärung ist sehr gemunden und unklar. Sie macht den Eindrud, daß die verantwortlichen Personen in der Kommandantur den Kopf verloren und in ganz unbegründeter Furcht vor dem Volk grobe Fahrlässigkeiten begangen haben. Direkt unwahr ist die Erzählung, daß aus den Reihen der Demonstranten zuerst geschossen worden sei. Die volle Verantwortung trifft vielmehr diejenigen, die den Befehl zum Ausrücken der Truppen gegeben haben. Diese Verantwortlichen müssen festgestellt und dann gegen sie vorgegangen werden.

Auch sind wir der Meinung, daß in diesem Augenblick die Ausrückung einer festen Regierungsgewalt notwendig ist. Aber die wirkliche Gefahr steht rechts! Auch hier heißt es: Wartet den Anfängen! Nichts hat den Unmut unter den Berliner Arbeitern so verschärft und der ohne alle Hemmungen arbeitenden Propaganda der Spartakusgruppe neue Anhänger zugeführt, als der Eifer der Mehrheitssozialisten, dem Bürgertum entgegenzukommen.

Das muß endlich aufhören, wenn die gestern geschaffene Basis nicht wieder verloren gehen soll. Dann dürfen auch Neben nicht gehalten werden, wie die Scheidemanns, die ausschließlich gegen links gerichtet sind, die Verolten des Bürgertums als eigene wiederholten und die schnellste Einberufung der Nationalversammlung propagieren.

Die Arbeiter wenigstens sollten sich endlich darüber klar werden, daß nicht im Bunde mit dem Bürgertum, sondern in der Einheit der proletarischen Front gegen die Gegenrevolution die Gewähr für die Sicherung und Fortführung der Revolution gegeben ist.

Die Kundgebung der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Das Proletariat Groß-Berlin war gestern aufgerufen, Front zu machen gegen das verbrecherische Treiben der Träger der Gegenrevolution, Land und Volk dem Verderben preiszugeben. Es galt Stellung zu nehmen gegen die niederträchtigen Versuche, dem Proletariat die Errungenschaften der Revolution zu entwenden. Gemeinsam sollte das arbeitende Volk in Groß-Berlin seinen Willen kundgeben, daß es fest entschlossen ist, alles daran zu setzen, die Revolution im sozialistischen Sinne auszumühen.

Auch diese Kundgebung ist auf das prächtigste gelungen. Wohl war das regnerische Wetter geeignet, manche Proletarier und vor allem Proletarierinnen, von dem Gang nach den freien Kläppen abzuhalten, trotzdem fanden sich im Humboldthain, im Friedrichshain, am Bismarckdenkmal vor dem Reichstagsgebäude und später schließlich im Kneipertor Park 30—40 000 Personen ein.

Auf den Kläppen waren Tribünen mit roten Fahnen und rotem Tuch drapiert, erhellte von denen herab die Redner die letzten Vordänge und die gegenrevolutionären Treiberreien in der schärfsten Weise, unter lauten Protestrufen brandmarkten. Es sprachen die Genossen Rosenfeld und A. Hoffmann im Friedrichshain, Restriepke und Ledebour im Humboldthain und Zardel am Bismarckdenkmal. Die Redner fanden durchwegs Zustimmung. Eine große Erregung und Empörung kam aber überall gegen die Hinterränker und Veranlässer des Völkerverbundes in der Chausseestraße zum elementarsten Ausdruck. Sofortige Sühne und endliches schleuniges Aufräumen unter den gegenrevolutionären Elementen, die in sehr unterschiedlicher Art auftraten, sollte die Parole des Tages sein. Im Humboldthain forderte Genosse Ledebour den Austritt unserer Genossen aus der Regierung, deren Eintritt er immer für verkehrt gehalten habe.

Nach begeisterten aufgenommenen Hochrufen auf die internationale Sozialdemokratie und auf die Revolution schlossen die Versammlungen unter freiem Himmel. Die Aufforderung, nach Kneipertor zu ziehen, wo Genosse Liebnecht sprechen wird, wurde mit Beifall aufgenommen. Die Jäger formierten sich unter Vorantragen roter Fahnen um in einer Gesamtkundgebung auszumünden.

Kneipertor Park. Ein feiner Nebelregen spritzt. Fast sieht es so aus, als ob es mit immer dichteren Schleiern alles verhallen

müßte. Um 9 Uhr, die festgesetzte Zeit, befinden sich mehrere Tausend Demonstranten auf den Wiesen, die aus Reußhain, Kneipertor, den umliegenden Forsten und aus dem schließlichen Viertel gekommen waren. Doch immer mehr und mehr strömen hinzu. Sie kommen zum großen Teil aus den Versammlungen der Unabhängigen, aus dem Humboldthain, dem Friedrichshain und dem Tiergarten, zum Teil in geschlossenen Bänen, um mit den Spartakusleuten gegen das Völkerverbund am letzten Freitag zu demonstrieren. Von Kneipertor herunter sprachen außer verschiedenen anderen auch Karl Liebnecht.

Um den Wagen, von dem herunter Liebnecht sprach, sah man Plakate mit den Aufschriften „Hoch Liebnecht“, „Nieder mit Ebert-Goose, den Verbrechern“, ferner „Sofortige Entlohnung aller Offiziere und Unteroffiziere“, „Nieder mit der Offiziersmoral“, „Es leben die russischen Sowjet-Republiken“. Liebnecht griff die Regierung heftig an. Die sozialistische Republik könne man heute überhaupt kaum noch als Republik bezeichnen, da an ihrer Spitze die Männer ständen, die den Krieg mitverschuldet hätten. Den militärischen Stellen und den Behörden sei die alte Macht zurückgegeben. Man könne wohl behaupten, daß die Scheidemanns, die an der Spitze der sozialistischen Republik ständen, mit den Unternehmern und den Offizieren unter einer Decke steckten. Die Regierung habe die Proletarier entlohnert und dafür die Bourgeoisie bewaffnet. Die Zentrale der Reaktion sei im großen Hauptquartier zu suchen. Der Spartakus-Bund fordere die sofortige Verhaftung der verbrecherischen Generale, die das heilige Reich der Revolution, die rote Fahne in den Not gezogen haben. Die Wusthaub an der Meisei in der Chausseestraße bleibe einzig an der Regierung haften. Nicht einmal die Hohenzollern haben gewagt, Maschinengewehre gegen friedliche Demonstranten zu verwenden. Diese Gelder blieben den Ebert, Scheidemann und Weis vorbehalten. (Pluruse. An die Laterne mit ihnen!) Konterrevolutionäre Truppen ständen vor Berlin. (Seht uns Waffnen.) Diese drei Männer der Regierung versuchen die Revolution in Blut zu ertrinken. Das Proletariat bedürfe einer handfesten Macht, um die Offiziere und Unteroffiziere einzusperrern. Notwendig sei die Bildung einer Arbeitermiliz und einer roten Garde. Auch am gestrigen Tage habe Weis versucht, Blut zu vergießen. Alles war vorbereitet, um friedliche Demonstranten von neuem niederzuknallen. Nur der Disziplin der Massen sei es zu danken, daß nicht wiederum Blasen das Berliner Pflaster bedeckten.

Als der Zug um 14 herum die Kneipertor Wiesen verließ, war er zu einer Menge von etwa 30 000 Menschen angewachsen, eine Masse, die geladen war von politischer Erregung und Aktivität. Wieder mit den Scheidemannern! Nieder mit dem Völkerverbund! Hoch die Internationale! Hoch die Weltrevolution! Die Arbeitermarxist! So ging der Zug über die Jannowbrücke, vorbei am Polizeipräsidenten nach den Linden. Von dort aus nach der Wilhelmstraße, wo Liebnecht den Volksbeauftragten Paroli aufforderte, mit den Unabhängigen aus der Scheidemanns-Regierung auszutreten. Die Soldaten dreier Bataillons wurden dort entwaffnet. Ueber den Leipziger Platz hinweg gegen die Demonstranten nach den Linden, um sich dann am Hindenburgdenkmal nochmals zu sammeln. Hier sprach Bied, der darauf hinwies, wie ruhig die Demonstration verlaufen wäre, und aufforderte, jederzeit die Revolution in der Stunde der Gefahr mit Leib und Leben zur Verfügung zu stehen. Die Demonstration löste sich darauf unter Hochrufen auf die Weltrevolution auf.

Die Scheidemanns hatten nach 13 Sälen Versammlungen einzusetzen, die sich eines mäßigen Besuchs erfreuten. Im Anschluß daran fand im Lustgarten eine Demonstration statt, in der eine Ansprache hielt.

„Beutegut“.

Vom Kriegsministerium geht uns unter Berufung auf § 18 des Kriegsgesetzes folgende „Verächtigung“ zu, die gleichzeitig auch durch B. L. B. verbreitet wird:

In Nr. 21 der „Freiheit“ wird nach dem Verbleib der aus den erbeuteten Rohstoffen genommenen Gelder gefragt und der Verdacht wird geäußert, daß sie zugunsten der Offiziere verwendet worden seien.

Demgegenüber wird festgestellt: Das erbeutete Kriegsmaterial ist in der Hauptsache sofort für den eigenen Heeresbedarf verwendet worden, der Rest wurde an Kriegsgesellschaften oder einzelne Personen verkauft, der Erlös ist dann an die Generaltriedklasse geflossen.

Das im besetzten Gebiet beschlagnahmte Privatgut, Güter, Rohstoffe und andere Gegenstände, sind von der Militärverwaltung an die Kriegsgesellschaften abgegeben worden, auch der Erlös ist an die Generaltried- und die Generalmilitärklasse abgeliefert worden. Diese Beträge bilden einen besonderen Fonds, der zur Entschädigung der früheren Eigentümer der beschlagnahmten Güter bereitgehalten wird.

Ueber keinen dieser Fonds ist bisher verfügt worden. Weber an Regimentern, noch an Offizieren oder Mannschaften ist irgend etwas davon ausgezahlt worden.

Sobald Beutematerial für den geäußerten Verdacht, daß Offiziere sich unrechtmäßigweise in Feindesland bereichert hätten, vorgelegt wird, wird rüchlos gegen die Schuldigen eingeschritten werden. Bis dahin muß der Versuch, das Offizierskorps, das auch 4 Jahre lang für den Schutz der Heimat gekämpft und geblutet hat, grundlos zu verächtigen, zurückgewiesen werden.

Es ist eine durch nichts begründete Unterstellung, wenn das Kriegsministerium uns eines Verlebens der „Verächtigung“ des Offizierskorps beschuldigt. In der von uns veröffentlichten Aufschrift, die als solche ausdrücklich gekennzeichnet wurde, wird weder der Verdacht geäußert, daß die aus den erbeuteten Rohstoffen genommenen Gelder zugunsten der Offiziere verwendet worden seien, noch ist das Offizierskorps als solches verächtigt worden. Es wurde vielmehr gefragt, wohin der Erlös aus dem Verkauf des Beutegutes gekommen ist, wie viel von dem Beutegut an die Regimente verteilt wurde und welche Chargen, die oberen oder die unteren, bei dieser Verteilung besser wegkamen. Davon anknüpfend wurde auf den übertriebenen Luxus früherer kaiserlichen Verhältnisse lebender Offiziersfamilien hingewiesen und verlangt, daß in den höheren wie in den niederen militärischen Stellen Nachforschungen angestellt und alle Willkürlassen von Sachverständiger Seite einer eingehenden Prüfung unterzogen werden müssen.

Diese Forderung halten wir trotz der „Verächtigung“ des Kriegsministeriums in vollem Umfange aufrecht. Wir nehmen keine Befriedigung zur Kenntnis, daß der Erlös aus dem Verkauf der im besetzten Gebiet beschlagnahmten Privatgüter, Rohstoffe usw. an die Generaltried- und Generalmilitärklasse abgeliefert und zur Entschädigung der Eigentümer bereitgehalten wird. Wir vermissen jedoch eine präzise Darstellung, unter welchen Gesichtspunkten und unter

Sitzung des Soldatenrates.

Sonntag vormittag 11 Uhr fand im Plenarsaal des Reichstages wieder eine Sitzung des Groß-Berliner Soldatenrates statt. Die Plätze im Haus und auf allen Tribünen blieben diesmal fast ausnahmslos leer.

Den Delegierten liegt eine Beschlusordnung für die Vollversammlung der Groß-Berliner Soldatenräte und die Geschäftsleitung in Druck vor. Als Sprecher des Bureaus tritt Ege mit, der die Versammlung einen ersten und zweiten Vorsitzenden zu wählen habe. Der Berichterstatter des Präsidiums, Ege, erklärt: Nachdem ich solange in der Sozialdemokratischen Partei und in der Gewerkschaft gearbeitet habe, habe ich keinen Anlaß, mich um einen Posten zu bemühen, aber wenn die Rot drängt, bin ich bereit, meine Pflicht zu tun. Ege wird darauf einstimmig zum ersten Vorsitzenden gewählt.

Ege: Als wir hier zuletzt am Donnerstag versammelt waren, hat wohl keiner von uns geglaubt, daß schon am nächsten Tage in den Straßen von Berlin das Blut unserer Kameraden vergossen werden würde. Es wird im Sinne der Versammlung sein, wenn Kamerad Cohen uns einen authentischen Bericht über die Vorgänge gibt, ehe wir in unsere Tagesordnung eintreten (Zusammenkunft).

Cohen-Neuj: Wie können nicht an den Ereignissen des letzten Jahres vorbeigehen, denn sie sind von hoher politischer Tragweite. Der Vollzugsrat hat den ihm gestellten Ueberfall sehr tragisch genommen. Wir hatten die Möglichkeit, mit den Soldaten, die uns verhaften sollten, zu sprechen, und es gelang uns, ihnen herauszufinden, daß sie statt des Vollzugsrates gegen ihre eigenen Auftraggeber verhaften sollten. Tragisch daran sind die Vorgänge in der Chausseestraße, die von uns und unsere Bedauern. Sicher ist es, daß die Masse der Soldaten nicht durch bewußtes Wollen, sondern durch eine Verleumdung von Mithras in den Händen zum Gebrauch der Waffen gezwungen wurden. Aber im Hintergrund stehen Konterrevolutionäre Mächte, die wir kennen. Es scheinen Mitglieder des Soldatenrates darin verwickelt zu sein, und es sind auch zwei Mitglieder des Auswärtigen Amtes in die Angelegenheit hineingezogen. Zu bedauern ist es, daß die „Note Fahne“ in ihrer Aufregung versucht hat, das Ganze als ein planvolles Unternehmen der Reichswehr zu bezeichnen. Andererseits denkt auch der Spartakusbund nach meiner Uebersetzung nicht daran, Putsche zu veranstalten (Widerpruch). Es ist nicht richtig, ihn zu einem Popanz zu machen, da er keine große Bedeutung besitzt. Zwar ist die Sprache der Spartakusbund drohend, aber von da bis zu der Tat ist es weit. Ganz verfehlt ist es, wenn die „Note Fahne“ gegen Ebert den Vorwurf wirft, er habe diese Vorgänge gewünscht. Vor einigen Tagen wurde Ebert von einer Kommission, die aus Epiro, einem Soldaten und einem Arbeiter bestand, gebeten, eine Soldatendemonstration für die Regierung zu empfangen. Ebert erklärte dies für überflüssig und forderte, daß die Soldaten nur in Gewerkschaft mit den Arbeitern demonstrieren sollten. Ebert und seine Freunde können also nicht die Veranstalter der Demonstration gewesen sein. Es handelt sich um eine konterrevolutionäre Machenschaft. Die Soldatenräte der Franzosen sind zu leichtgläubig gewesen. Sie haben sich durch gefälschte Handschriften, gefälschte Urkunden und Stempel täuschen lassen. Der Boden ist heiß, die geringste Kleinigkeit kann eine Explosion verursachen. Es bestehen

Keine Differenzen zwischen Vollzugsrat und Regierung.

Beide haben in der letzten Nacht eine gemeinsame Erklärung verfaßt, in der sie sich zu einer engen Arbeitsgemeinschaft verpflichten. Wer die paritätisch zusammengegangene Regierung sprengt, sprengt damit auch Deutschland. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Auf Aufforderung des Präsidenten ehrt die Versammlung den letzten Freitag gefallenen Soldaten durch Erheben des Armes.

Die weitere Behandlung der Tagesordnung wird ausgesetzt. Die große Spannung und Erregung der Delegierten und der Arbeiter auf den Tribünen ergreift E. G. Börsch das Wort und bereits wiedergegebenen Ausführungen.

Der Präsident fordert nunmehr zum sofortigen Abbruch der Verhandlungen auf. Gottschling schlägt vor, die Verhandlungen zu verschieben, bis genaue Nachrichten eingetroffen sind. Cohen-Neuj beschränkt sich zur Regierung. Ein Redner warnt davor, die Verhandlung fortzusetzen. Man entschließt sich, die Verhandlung fortzusetzen.

Nach kurzer Diskussion wird A. Reischmar mit großer Mehrheit zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Rägele heißt mit, daß nach Mitteilung des Unterhauptsprechers Böhrke die Soldatenräte 3 M. Arbeitszulage und 5 M. Aufwandsentschädigung erhalten werden. Die Soldatenräte sind vorläufig bis zum 10. Dezember befristet.

Der Vorsitzende der 4. Armee erklärt, daß die Fronttruppen geschlossen hinter der Regierung Ebert-Gaase stehen. Siemens: Der Vollzugsrat hat im Herrenhaus ein Aufklärungsbureau eingerichtet, das den Truppen politisch geschulte Redner zur Verfügung stellen werde.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Wahlbureaus. Die vorgeschlagene Wahlordnung wird ohne Diskussion einstimmig angenommen. Eine sehr ausführliche Debatte entwickelt sich über einen Antrag, wonach bei den Wahlen zur Delegiertenversammlung zum Generalrat der Grundsatz der Parität zwischen Arbeitern und Soldaten herrschen solle. Cohen begründet ihn in einer sehr pathetischen Rede, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wird. Andere Redner schließen sich ihm an und weisen darauf hin, daß Soldaten und Arbeiter gemeinsam die Revolution begründet haben. Die Aufhebung der Parität sei gleichbedeutend mit Diktatur.

Inzwischen ist Cohen-Neuj zurückgekehrt und berichtet unter großer Spannung der Versammlung: Ebert will sich mit dem Kriegsministerium in Verbindung setzen, um die Angelegenheit des Generalkommandos Lequis zu untersuchen. Mollenhuth ist zur Kommandantur gegangen, um Weisungen zu geben. Wir können nicht wissen, was geschieht; auf jeden Fall müssen wir Besonnenheit und Ruhe bewahren.

Gerhard: Ich bin ermüdet, mitzuteilen, daß das 4. und 2. Garderegiment zu Fuß, seine Soldatenräte und Kommandeure, die Regierung Ebert-Gaase anerkennen.

Nach dieser Unterbrechung wird über den Antrag betreffend Parität weiterverhandelt. Im Verlauf der Diskussion tritt Cohen-Neuj lebhaft für die Ablehnung des Antrages ein. Die Arbeiter sind in der überwiegenden Mehrheit in Berlin.

Goldschmidt: Die Arbeiter sind politisch erfahren, die Soldaten meistens nicht. Die Arbeiter sind in der Mehrheit. Wenn wir den Antrag auf Parität annehmen, gefährden wir den Grundsatz der Demokratie. Es heiße also, die Arbeiter um ihr gutes Recht bringen, wolle man verlangen, daß sie in den Generalrat nicht mehr Delegierte schicken, als die Soldaten.

Da das Ergebnis der Abstimmung zweifelhaft bleibt, findet zum erstenmal bei den Soldatenräten Berlin — Gammelsprung statt. Mit 178 Stimmen gegenüber 88 wird der Antrag auf Parität abgelehnt. (Beifälliger Beifall.)

Ein großer Zeitraum der folgenden Verhandlungen fällt der Bericht der Siebenerkommission und die Debatte darüber aus. Es handelt sich zunächst um die Wahl Trippes in den Vollzugsrat, die formal nicht ordnungsgemäß vorgegangen ist. Die Vollversammlung bestätigt nachträglich mit allen gegen zwei Stimmen das Mandat Trippes.

Goldschmidt berichtet über die Untersuchungen der Siebenerkommission über das Vollzugsratsmitglied Bergmann. Bergmann ist ein fünfundsingzigjähriger Redigierstudent, der der Partei nie angehört und nicht die Fähigkeit besitzt, die Pflichten seines Amtes zu erfüllen. Alle persönlich gegen ihn gerichteten Beschuldigungen haben sich als hinfällig erwiesen, aber die Kommission ist zu dem Beschluß gekommen, sein Ausscheiden aus dem Vollzugsrat wegen seiner Untauglichkeit zu beantragen. Das Vollzugsratsmitglied Bernhardt dagegen hat bisher seine Tätigkeit zur Zufriedenheit seiner Mitarbeiter ausgeübt.

In der Diskussion erklärt unter Beifall und Anruhe Schmidt: Die Mitgliedschaft bei der Partei oder Gewerkschaft ist kein Beweis für die Fähigkeit eines Delegierten. Man kann zehn Jahre lang organisiert gewesen und doch eine Kugel sein. Nach weiteren Mitteilungen wird beschlossen, daß Bergmann aus dem Vollzugsrat auszutreten habe, während der Fall Bernhardt an die Siebenerkommission zurückgewiesen wird.

Ein Beschluß des Bureaus, zur Einladung des Vollzugsrates an die Sowjetregierung Russlands, Stellung zu nehmen, wird dem Präsidium übergeben, ebenso eine ganze Reihe anderer Anträge. Heinsch berichtet über die Tätigkeit des Präsidiums der Reichswehr. Raegler berichtet, daß Goehre der Meinung sei, die Soldatenräte müßten reduziert werden, um dem Staat Kosten zu ersparen. Mehrere Redner wenden sich gegen eine „Diktatur“ Goehre; das Kriegsministerium verleihe, die Soldatenräte abzulassen, um die Offiziere wieder einzuführen.

Die Sitzung schließt um 4 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung Mittwoch, den 11. Dezember nachmittags 3 Uhr.

Ausland, dessen Auffassung uns wegen der Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen nicht gleichgültig sein kann, ganz falsche und unschöne Vorstellungen erzeugt werden.

Die Dienstpflicht der Jahrgänge 1896-99

Zurückhaltung nur in der Uebergangszeit.

Von vielen Seiten werden heutzutage Nachrichten über das Festhalten der Jahrgänge 96-99 beim Heere laut.

Hierzu teilt das Kriegsministerium folgendes mit: Die Zurückhaltung der Jahrgänge 96-99 dient lediglich den Bedürfnissen der Uebergangszeit. Die Entlassung der Jahrgänge 96-97 ist jetzt bereits rückgängig und wird sich den folgenden Jahrgängen anschließen. Sie sollen keinen Tag länger gehalten werden als der Gang der Demobilisation und besonders auch der Abfertigung der Befragten es erfordert.

Es ist zu hoffen, daß mit der Entlassung des Jahrgangs 96 Anfang Januar begonnen wird und auch die Entlassung des Jahrganges 97 noch im Januar beginnen kann.

Ueber die Jahrgänge 98 und 99 wird die Regierung dann befinden.

Gebesserte Ausichten der Brotversorgung.

Wolffs Bureau teilt mit:

Die Ausichten unserer Brotversorgung haben sich in den letzten Tagen dadurch gebessert, daß insolge des freizeiten Betriebes die Hackfruchtente teilweise rascher als erwartet beendet wurde. Dadurch sind viele Arbeitskräfte frei geworden, so daß die Bemühungen der Reichsgetreidestelle und der Kommunalverbände den Erfolg hatten, daß mehr Getreide, als erwartet wurde, zur Ablieferung gelangte. Wenn der Güterverkehr in vollem Umfang ausrecherholten wird, werden sich die Eingänge an Brotgetreide derart steigern lassen, daß die Brotversorgung über den 7. Februar 1919 hinaus gesichert ist. Wenn in der Presse darauf hingewiesen wurde, daß die alte Regierung über unsere Vorräte Berichte gegeben hat, die den Tatsachen nicht entsprechen, so erklärt sich das damit, daß zwischen Ernteschätzungen, Ernteträgen und Ernteerfassung bedeutende Unterschiede sich stets ergeben müssen. Durch die Grippeepidemie, die große Erschwerung unserer Transportverhältnisse und besonders durch die politischen Ereignisse sind in der letzten Zeit empfindliche Verzögerungen in der Ablieferung herbeigeführt worden. Unzutreffende Angaben über vorhandene Vorräte sind von keiner amtlichen Seite gemacht worden.

Revolutionstungebung in Magdeburg.

Magdeburg, 8. Dezember. Auf dem hiesigen Domplatz fand heute vormittag eine Revolutionstungebung statt, an der ungefähr 12 000 Personen teilnahmen. Die Kundgebung verlief ohne die geringste Störung.

Die Kieler Matrosen für Manneszucht.

Kiel, 8. Dezember. Aus Presse- und anderen Mitteilungen ist ersichtlich, daß ehemalige Angehörige der Marine im Inlande in einer jeder Gesittung Hohn sprechenden Weise auftreten. Die Kieler Matrosen, vertreten durch den Obersten Soldatenrat der Ostsee, sprechen diesen Elementen ihren tiefsten Abscheu aus und bitten die Arbeiter- und Soldatenräte des Inlandes, in rücksichtsloser Weise gegen derartige Elemente vorzugehen.

Groß-Berlin.

Gegen rücksichtslose Hauseigentümer!

Es gibt Hauseigentümer, welche die Wohnungsnot dazu benutzen, in der rücksichtslosesten Weise gegen Mieter vorzugehen. Dagegen die Mieter zu schützen ist eine dringende Aufgabe. Da allgemeine Anordnungen noch nicht erlassen sind, haben örtliche Arbeiter- und Soldatenräte sich zu helfen gesucht, indem sie selber zum Schutze der Mieter eingeschritten sind. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Charlottenburg hat an die Hauseigentümer von Charlottenburg folgende Mitteilung ergehen lassen:

„Seit einigen Tagen gehen Charlottenburger Hauseigentümer über deren Beauftragte in rücksichtsloser Weise mit Kündigungen und Wohnungsräumungen hauptsächlich gegen ärmere Mieter vor.“

Wir rücheln auf die herrschende Wohnungsnot wird den Hauseigentümern oder deren Beauftragten das Recht zur Kündigung bis auf weiteres entzogen. Jeder Wohnungswechsel der vom Hauseigentümer beantragt wird, muß beim Arbeiter- und Soldatenrat eingehend begründet werden und unterliegt dessen Zustimmung. Zum Scheitern verurteilt werden bestraft.“

Feier der Freiheit.

Die Feier der Freiheit, die der Bund Neues Vaterland am Sonntag Morgen in der Volkshalle veranstaltete, übte auf das volle Haus starke Wirkung aus. Von Beethovens dritter Sinfonie-Überrührung über Gafeneders Negation aus der „Ligeia“ und die kräftige politische Ansprache des Genossen Breitscheid zur 9. Sinfonie und zum allgewaltigen Lied an die Fremde steigerte sich die feilsche Stimmung der Ökonomie. Davon abgesehen fand ein wenig leer Richard Strauß' Friedensfeier aus „Güntram“, und der Beifall galt weniger stark dem Komponisten als dem Dirigenten, der im Opernorchester und Chor und auch in den Solisten die beste Unterstützung seiner Kraft fand.

Protest gegen das Blutbad in der Chausseestraße.

10 000 im Walde bei Schülendorfer versammelte Arbeiter und Angestellte der A. E. H. Werke Henningsdorf, protestieren durch ihre einmütige Arbeitsniederlegung, gegen das am Freitag, den 6. Dezember, angerichtete Blutvergießen gegen friedliche Demonstranten. Die Versammelten verlangen, daß in Zukunft keine bewaffneten Kruppen oder Sicherheitsmannschaften Demonstranten entgegengestellt werden, da ein solches Vorgehen dem Geiste der Revolution nicht entspricht! Sie fordern die Brüder im Waffenrot auf, sich niemals und von keiner Seite zu derartigen Handlungen verleiten zu lassen! Die Versammelten bringen zum Ausdruck, daß mit dieser Demonstration keiner politischen Partei eine Unterstützung gewährt werden soll!

geschänkt werde. Die Mitglieder der Gesandtschaft in Petersburg bis auf zwei und des Generalkonsulats in Moskau haben Russland verlassen.

Da die Sowjetregierung das ihren Vertretern zugestandene Recht, Kuriers abzusenden, mißbraucht, indem sie bolschewistische Propagandaliteratur in verschiedenen Sprachen zur Verbreitung in verschiedenen Ländern befördert, hat der Minister des Auswärtigen dem hiesigen Vertreter der Sowjetregierung mitgeteilt, er könne die bisher angenommenen diplomatischen Vorrechte, Kuriers und Staatstelegramme zu empfangen und abzusenden, nicht weiter benutzen. Der Minister sehe voraus, daß die Vertreter der Sowjetregierung das Land verlassen würden. Als Bedingung ihrer freien Abreise werde selbstverständlich das Recht unbehinderter Heimkehr für die schwedischen Staatsangehörigen in Russland gefordert.

Der Münchener Putsch.

Wir haben bereits gestern kurz über den Handreich einer Anzahl von Münchener „revolutionären Internationalisten“ berichtet, durch den der Innenminister Auer zur Abdankung gezwungen werden sollte. Nachträglich sei mitgeteilt, daß dieser Putschversuch auch mit einem Vorgehen gegen die bürgerlichen Blätter Münchens verbunden gewesen ist. Besucher zweier Soldatenversammlungen sind nach deren Schluß nach den Verlagsgebäuden des „Bayerischen Kuriers“, des „Neuen Münchener Tageblattes“ und der „Münchener Augsburger Abendzeitung“ gezogen und haben die Redaktionen besetzt. Das Erscheinen der „Münchener Augsburger Abendzeitung“ und des „Münchener Tageblattes“ wurde verhindert. Die Münchener Neuesten Nachrichten konnten nach längeren Auseinandersetzungen, zu denen auch der Ministerpräsident Eisner persönlich erschienen war, erscheinen. Die Blätter sind am Sonnabend wieder unbehelligt erschienen.

Es handelt sich bei dem ganzen Vorgehen um einen Dummenganzentzug, wie er bei Unzufriedenheiten, wie wir sie jetzt erleben, leicht vorkommen kann, der aber in keiner Weise zu billigen ist. Der einzige Erfolg eines Vorgehens, wie es die Münchener gegen den Minister Auer und gegen die Zeitungen betrieben, ist nur der, daß die bürgerliche Presse einen neuen Vorstand erhält, über die „Unordnung“ im Reich zu stehen, und daß dadurch im

Schweden gegen die Sowjetregierung.

Stockholm, 8. Dezember. Ähnlich wird mitgeteilt, daß wegen der Lebensmittelmangel, der Unsicherheit und der wiederholten Grenzaberrungen in Russland die dort weilenden Schweden zur Heimkehr aufgefordert und die dortige schwedische Vertretung aufs äußerste ein-

gefordert werden.

Die Opfer des Blutbades in der Chausseestraße.
 15 Todesopfer und 81 Schwerverletzte hat nach den bisherigen Feststellungen des Leichenschauhauses der blutige Zusammenstoß in der Chausseestraße gefordert. Ob hiermit die Zahl der Opfer erschöpft ist, steht jedoch noch dahin. Zur genauen Ermittlung ist es unbedingt erforderlich, daß alle Stellen, wo tote oder Verwundete untergebracht sind, dies noch nachträglich dem Schauhaus melden. Außer den bereits von uns gemeldeten 11 Toten sind noch vier Verwundete ihren Verletzungen erlegen. Es sind dies der Sanitätsfeldat Paul Kieße aus der Köpcke-Str. 8, der Soldat Arthur Wierke aus der Demminer Str. 86, ein noch unbekannter Soldat und ein Arbeiter Strauß. Von den ermittelten 81 Verwundeten befinden sich 15 in der Klinik in der Siegelstraße, 11 in der Charité, 8 im Garnisonlazarett, einer im Augustahospital und einer im Birchowkrankenhaus.

Soldatenversammlung in Lichtenberg.
 Zu Freitag, den 6. Dezember 1918, hatte das Ersatz-Battalion des 6. Garde-Infanterie-Regiments die Lichtenberger Soldaten zu einer öffentlichen Versammlung einberufen. Der Saal des „Schwarzer Adler“ war gedrängt voll. Als Hauptreferent sprach der Kamerad Rißig über das Thema: „Der Werdegang der Revolution, ihr Zweck und ihre Ziele“, in einer 1 1/2 stündigen Rede, die den allgemeinen Beifall der Versammlung fand. Orend Hajob nahm zu dieser Ausführungsstellung. Orend Hellwege appellierte hauptsächlich an die jüngeren Jahrgänge und legte es ihnen ans Herz, sich politisch zu betätigen. Kofelid erläuterte die Spaltung der Sozialdemokratie

und plädierte für ein Vordringen der Nationalversammlung. Gebel warnt vor einer Gegenrevolution von rechts. Schöps erläuterte in einigen Worten die Zustände bei der Garde-Brigade-Division. Burg trat für eine baldige Nationalversammlung ein. Beech plädierte dafür, den gewählten Soldatenratsmitgliedern für Verdienste auch weiterhin zu danken. Rißig forderte zum Schluß die Versammlung auf, tatkräftig weiter mitzuarbeiten, um die Errungenschaften der Revolution zu sichern und weiter auszubauen.
 Die Versammlung nahm hierauf einstimmig folgende Resolution an:
 Die heute vom Soldatenrat des 6. Garde-Infanterie-Regiments einberufene Soldatenversammlung stellt sich geschlossen hinter die heutige Regierung und versichert, sie mit allen Mitteln zu unterstützen. Sie begrüßt es, daß die Regierung die Nationalversammlung festgesetzt hat. Die Versammlung appelliert an die Regierung, darauf hinzuwirken, daß weiteste politische Klärung unter die Massen des Volkes getragen wird.

Die gefrige Kundgebung erinnert an eine andere, die unsere Partei am Sonntag des Vorjahres veranstaltete. Es lächelte sich der Tag, an dem die Arbeiterchaft Groß-Berlins einen ihrer besten Kämpfer das letzte Geleit gab, unsern Freunde Artur Stedthagen. Er, der trotz aller Verfolgungen immer unserer Sache treu geblieben. Er war schließlich den furchtbaren Ueberanstrengungen, denen er sich immer aussetzte, erlegen. Trotz Belagerungszustand ließ es das Proletariat sich nicht nehmen, unsern Vorläufer eine Kundgebung zu bereiten, die zugleich zeigte,

daß unsere Bemühungen nur eine empfindliche Pause machten. Die Welt ist noch geblieben und muß es freudlich im alten revolutionären Sinne weiter noch gehalten werden, bis wir am Ziele stehen.
 Staats- und Gemeindefunktionäre hatten sich gestern zahlreich in der Wilhelmstraße versammelt. Oberbürgermeister Dominik Schöneberg kritisierte in scharfer Weise die Kontrolle, die von Nachhabern der sozialistischen Regierung ausgeübt wurde. Es würden keine Befehle ohne Rücksicht auf Eignung. Die Beamtenenschaft würde fast herabgedrückt. Als Mittel empfahl er den Eintritt der Beamtenchaft in die politische Organisation. In Wirklichkeit ist die Beamtenchaft bisher noch keiner Richtung frei gewesen, erst jetzt kann sie sich frei bewegen. Ausgeschlossen von der Verwaltung und der Kontrolle war aber fast überall die Arbeiterschaft. Wenn dabei Vorrechte beseitigt werden, so ist das nur eine Selbstverständlichkeit.

Der Schulz-Lebenslauf und die Kenntnis-Polizeistunde werden nach einer Bekanntgabe des Polizeipräsidenten nur von einem Teil der Geschäftseure innegehalten, ein größerer Teil hält sich nicht daran. Das Polizeipräsident legt Wert darauf, daß das Publikum selber auf Innehaltung der im Allgemeinen durch getroffenen Anordnungen achtet. Es müsse, wenn nötig, mit den alten Strafandrohungen die Einhaltung erzwingen. Es wäre beschämend, wenn dieser letzte Weg beschritten werden müßte.
 Ungültig erklärte Wahlen. Die vor 14 Tagen im Stadt-Buch erfolgten Wahlen von Vertretern der Berliner Gemeindefunktionäre in den Arbeiter- und Soldatenrat sind für ungültig erklärt worden. Die Gemeindefunktionäre haben insgesam neue Listen aufgestellt und wählen nun auf Grund dieser Listen auf neue in diesen Tagen.

Theater und Vergnügungen.
Volksbühne. Theater am Balowplatz. Direktion Fried. Kayssler. 7 1/2 Uhr: Der Kirschgarten.

Deutsches Theater. Direktion Max Reinhardt. 7 Uhr: Hamlet.
Rammersplele. 7 Uhr: Der Sohn.
Kleines Schauspielhaus. Passauerstr. 1. Port. 5. 7 1/2 Uhr: Mein Freund Teddy.

Lessing-Theater. Direktion: Victor Baranowsky. Mont.: Der Marquis v. Keith. Dienstag: Der Schöpfer. Mittwoch: Der Schöpfer.

Deutsches Künstler-Theater. Allabendlich 7 1/2 Uhr: Nachtbeleuchtung.
Central-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul
Deutsches Opernhaus Charlottenburg. 7 1/2 Uhr: Der Postillon von Lonjumeau
Friedrich-Wilhelmstadt Theater. 7 1/2 Uhr: Mannerl.
Das Dreimäderlhaus. II. Teil.

Kleines Theater. 7 1/2 Uhr: Hans im Schnakenloch.
Komische Oper. 7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädels.
Lustspielhaus. 7 1/2 Uhr: Die spanische Flilogie.

Metropol-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Faschingsfee.
Neues Operettenhaus. 7 1/2 Uhr: Die Glocken von Cornaville.

Palast-Theater. 7 1/2 Uhr: Der Mikado
 mit Claire Dux.
 Mittwoch, 7 1/2 Uhr: Der Struwwelpeter.
Residenz-Theater. 7 1/2 Uhr: Friedensverhandlungen
Schiller-Theater Charlottenburg. 7 1/2 Uhr: Hamlet.

Thalia-Theater. 7 1/2 Uhr: Polnische Wirtschaft.
 7 1/2 Uhr: Rotkäppchen.
Theater am Kolonnenplatz. 7 1/2 Uhr: Drei alte Schachteln
Theater des Westens. 7 1/2 Uhr: Die lustige Witwe
 Mittwoch, 4 Uhr: Asenabridel.

Waller-Theater. 7 1/2 Uhr: Grat Hauenichts.
 Mittwoch, Sonntag, u. Sonntag, 8 1/2 Uhr: Der Märchenwald.
Rose-Theater. Gastop. d. Friedr. Wilhelmstadt. 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.

Trionon-Theater. Bhl. Friedr. Str. 2391. 7 1/2 Uhr: Der gute Ruf.
Casino-Theater. Lothring. Str. 37. Tägl. 7 1/2 Uhr: Neu! Das 3aktige Volksstück Neu!
Die goldene Brücke. Vorber: Erstklassige Spezialitäten.

Wintergarten. Das grosse Spezialitäten-Programm

Das Sagebuch der Verlorenen.
 Regie: Richard Oswald
 Hauptrollen: Erna Marana, Konrad Voldt, Warner Krauss, Reinhold Schöndel, U.T. Auerbach, U.T. Thiering
MIA MAY U.T. Weinversteiger U.T. Weinversteiger
Ossi Oswalds
 Harry Liedtke
 Das Mädel vom Ballet
 Regie: Ernst Lubitsch
 U.T. Fiedler, U.T. Fiedler, U.T. Fiedler
Die Waffen nieder!
 Nach dem Roman von Bertha v. Suttner
 U.T. Nitzsche
Gunnar Tolnaes
 U.T. Nitzsche, U.T. Nitzsche
Pala Negri
 U.T. Nitzsche
Kalender Leben
UT

Verlängert!
Söhne des Volkes
 Film der Zeit von Ole Olsen mit S. Michaelis
Gunnar Tolnaes
 Vorführung 6 und 8 Uhr.

Metropol Kabarett
 Behrenstr. 53-56
 Ab 1. Dezember
 Neue Direktion • Neues Programm
 Ganz renoviert
 Anfang 5 Uhr
 Sonntag 4 Uhr
Gygyi-Konzerte
 3 Eintrittspreise 1,20 M., 2,40 M.
 Vorzügliche Küche
 Torten, Makronen und Getränke.
Köpenick.
Sozialdemokratischer Wahlverein U. S. P.
 Mittwoch, den 11. Dezember 1918, abends 8 Uhr
Zahlabend
 I. für die Dammstraße bei Gen. Lehmann, Dammstraße 44.
 II. für die Kiepostadt bei Gen. Ehrenberg, Kiepostadt 2.
 III. für die Köpenicker Vorstadt bei Gen. Glaser, Schwaner Str. 7.
 Genossen, erweist die Zeiten der Zeit, kommt alle und selbst Gelegentlich zu einer in dieser Zeit so nötigen Kundgebung, die ihr durch entsprechende herkömmliche Beiträge haben werden. Der Vorstand.

Befreiungsmachung.
 Bei dem Demobilisationsamt kaufen fortgesetzt Anfragen ein bezüglich Zukunft über Beschaffung von Arbeitsaufträgen. Es wird deshalb bekanntgemacht, daß sich die Interessenten diesbezüglich wenden haben an den
Zentralamt für Demobilisation:
 Geschäftsstelle: Firma K. Vorka, Berlin-Tegel.
Zentralamt für Maschinenbau:
 Geschäftsstelle: Verein deutscher Maschinenbauingenieure, Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 8.
Zentralamt für Feinmechanik:
 Bureau: Dr. John, Berlin-Steglitz, Adalgin-Luisen-Str. 13.
Zentralamt für Elektrotechnik:
 Bureau: Dr. Cassirer, Berlin W. 8, Corneliustr. 8.
Zentralamt für Fahrzeug-Industrie:
 Für Schienenfahrzeuge:
 Geschäftsstelle: Verband deutscher Waggonfabriken, Charlottenburg 2, Bleibtreustr. 20.
 Für Straßenfahrzeuge mit motorischem Antrieb:
 Geschäftsstelle: Verein deutscher Motorfahrzeugindustrieller, Berlin W. 8, Unter den Linden 12/13.
 Für Straßenfahrzeuge ohne motorischen Antrieb:
 Geschäftsstelle: Vereinigung deutscher Wagen- und Karosseriefabrikanten, Berlin-Lichterfelde, Schillerstr. 80.
 Für Traktoren:
 Geschäftsstelle: Verein deutscher Traktor-Industrieller, Bronnberg a. S., Ritterstr. 19.
Zentralamt für Eisen- und Stahl-Industrie:
 Geschäftsstelle: Verband Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller, Berlin W. 8, Dinkstr. 26.
Zentralamt für Schiffbau:
 Geschäftsstelle: Blohm & Co., Hamburg.
Zentralamt für Brückenbau und Eisenkonstruktion:
 Geschäftsstelle: Deutscher Eisenbau-Verband, Berlin W. 8, Dinkstr. 16.
Zentralamt für Kleinmetallwaren:
 Geschäftsstelle: Dr. Boebius, Berlin W. 8, Dinkstr. 26.
Zentralamt für die Textil-Industrie:
 Für Wolle:
 Geschäftsstelle: Ausschuss der Reichswirtschaftsstelle für Wolle, Berlin W. 8, Mohrenstraße 19.
 Für Baumwolle:
 Geschäftsstelle: Ausschuss der Reichswirtschaftsstelle für Baumwolle, Berlin SW., Krausenstr. 17/18.
 Für Seide:
 Geschäftsstelle: Ausschuss der Reichswirtschaftsstelle für Seide, Berlin W. 8, Viktoria-Luisen-Platz 8.
 Für Kunstspinnstoffe und Stoffabfälle:
 Geschäftsstelle: Ausschuss der Reichswirtschaftsstellen für Kunstspinnstoffe und Stoffabfälle, Berlin W. 8, Leipziger Straße 76.
 Für Flachs:
 Geschäftsstelle: Ausschuss der Reichswirtschaftsstelle für Flachs, Berlin SW., Krausenstr. 25/26.
 Für Hanf:
 Geschäftsstelle: Ausschuss der Reichswirtschaftsstelle für Hanf, Berlin SW., Hedemannstr. 6.
 Für Jute:
 Geschäftsstelle: Ausschuss der Reichswirtschaftsstelle für Jute, Berlin SW. 7, Unter den Linden 84.
 Für Hartfaser:
 Geschäftsstelle: Ausschuss der Reichswirtschaftsstelle für Hartfaser, Berlin SW. 6, Hedemannstr. 6.
 Für Zellulose:
 Geschäftsstelle: Ausschuss der Reichswirtschaftsstelle für Zellulose, Berlin SW. 7, Unter den Linden 84.
 Für Kunstseide und Stapelfaser:
 Geschäftsstelle: Ausschuss der Reichswirtschaftsstelle für Kunstseide und Stapelfaser, Berlin W. 8, Dubosloffstr. 6.
Zentralamt für die chemische Industrie:
 Geschäftsstelle: Hotel Monopol, Berlin SW. 7, Friedrichstr. 100.
Zentralamt für die Gummi-Industrie:
 Geschäftsstelle: Zentralverein deutscher Kautschukwaren-Fabrikanten, Berlin E., Ross-Friedrichstr. 22.
Zentralamt für das gesamte Papierloch:
 Geschäftsstelle: Reichskommission zur Sicherstellung des Papierbedarfes, Berlin E., Alexandrinenstr. 118.
 Weitere Bekanntmachungen folgen.

Anfang 7 1/2 Uhr.
APOLLO Theater
 Dir. JAMES KLEIN
 Allabendlich 7 1/2 Uhr.
 Sonntags 3. und 7 1/2 Uhr
Die Welt geht unter!
 Louis Mondland, Louis Mattner, Franz Rausch, Fritz Beckmann, Frank Blanke
NADCHURA'S Elefantentanz
ROSTON'S Affenmenschen
 Transvaal Blumenshow
 usw.
 Sonntags 7 1/2, 10, 12, Erwachsene 1 Kind frei!

Kleine Anzeigen
 Neue Richtlinie für unentgeltlich zu verteilende Anzeigen.
 Mittwoch, 18.
Botenfrauen
 werden verlangt
Solmsstr. 4.

Verband d. Maler, Lackierer u. Glaser
 in Berlin.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler **Heinrich Müller** am 4. Dezember verstorben ist. Er hinterläßt Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. Dezember, nachmittags 3 Uhr im Friedhof in Mariendorf, Potsdamerstr. 100, statt.
 Die Ordensverwaltung.

Grammophone und Platten
BIAL & FREUND
 ALEXANDRINENSTR. 97
 BERLIN S. 42
 GROSSE AUSWAHL BILLIGE PREISE
 Auf Wunsch BEQUEME ZAHLWEISE
 Verlangen Sie unsern Prospekt 333.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83
 Geschäftst. von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.
 Telefon: Amt Nord 185, 1239, 1987, 9714.
 Mittwoch, den 11. Dezember 1918, abends 7 Uhr

Branchenversammlung der Drahtarbeiter und -Arbeiterinnen
 im Hotel von Köpcke, Köpcke-Str. 21.
 Tagesordnung:
 1. Die wirtschaftliche Lage in unserer Branche.
 2. Bericht und Bericht der Branchenausschüsse.
 3. Branchenausschüsse und Reichsausschüsse.
 4. Schlußbeschlüsse und nichtorganisierten Kollegen und Kolonnen.
 Die Geschäftsstelle.

Ziehung am 30. Dezember 1918
Große Weihnachts-Jubiläums-Lotterie
 2667 Gewinne im Gesamtw. von Mark
100000
50000
 Bargeld 90 pCt. für alle Gewinne garantiert.
 Lose zum amtlichen Preis 3 Mark. Porto und Liste 45 Pf.
 Eine Glücksserie von 10 sortierten Lose für 30 M.
 Lose einschl. Porto und Liste für 30 M.
Berliner Losezentrale, Berlin G 2, Mühlendamm

Achtung! Arbeiter!
 Auf Grund des Abkommens mit der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgebung; Arbeiter der Metallindustrie, des Transport- und Fuhrwesens, der Chemischen und Bauindustrie, sowie der Industrie für Stein und Erde aus Betrieben, die weniger als 40 Arbeiter beschäftigen, erhalten
billige Kleidung
 gegen Abgabe eines Bezugscheins und eines Ausweises vom Arbeitgeber, in der K. V. Q., Abteilung für Arbeiterversorgung, Berlin SW., Kommandantenstr. 82.
 Verkaufszeit 9-12 und 3-6 Uhr.

Verband der Hausarztvereine Arbeiter! Frauen!
Charlottenburg!
 Dienstag, den 16. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr.
Große öffentliche Volksversammlung
 Wir fordern ein Ministerium für Volksgesundheit!
 Referent: Genosse Dr. Julius Moses.
 Arbeiter und Frauen erscheinen in Massen.
 Die Einberufer:
G. Jacob, G. Leopold.